

UNTERNEHMEN

**MIGRO**  
**Denner-Kauf genehmigt**

Im Kampf gegen die neue Konkurrenz der deutschen Discounter Aldi und Lidl hat die Schweizer Supermarktkette Migros einen ersten Sieg errungen. Die Schweizer Wettbewerbsbehörden gaben Migros gestern grünes Licht für die Übernahme des einheimischen Discounters Denner. Der Marktführer Migros kann so wie geplant einen 70-Prozent-Anteil an Denner, der Nummer drei der Schweizer Supermarktbranche, übernehmen. Aldi ist bereits seit zwei Jahren in der Schweiz, Lidl will dort im Oktober seine ersten Märkte eröffnen. (AFP)

**SIEMENS**  
**Korruption in China?**

Der Elektrokonzern Siemens sieht sich mit einem neuen Korruptionsverdacht in China konfrontiert. Ein Siemens-Sprecher bestätigte einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“, wonach die chinesischen Antikorruptionsbehörden die mögliche Verstrickung des Konzerns in einen Bestechungsfall in einem Krankenhaus in der Provinz Jilin untersuchen. Die Polizei habe eine chinesische Siemens-Mitarbeiterin vorübergehend festgenommen und verhört. Sie sei inzwischen wieder auf freiem Fuß und bei Siemens vorübergehend beurlaubt, hieß es. (dpa)

MÄRKTE

**Fleischpreise**

Preise für geschlachtetes Vieh im Marktgebiet Baden-Württemberg. Amtliche Preisfeststellung vom 27.08. bis 02.09. (Durchschnittspreise und Spannen frei Schlachtstätte in € je kg Schlachtgewicht ohne MwSt):  
**Rinder:** Jungbullen U2 3,02, 2,95-3,08; U3 2,98, 2,921-3,02; R2 2,96, 2,87-3,36; R3 2,92, 2,89-3,02; O2 2,66, 2,51-2,78; O3 2,67, 2,55-2,70; Färsen U3 2,99, 2,94-3,13; R2 2,99, 2,88-3,34; R3 2,93, 2,84-3,13; R4 2,83, 2,70-3,05; O2 2,45, 2,26-3,99; O3 2,46, 2,32-2,83; O4 2,44, 2,28-2,51; Kühe U3 2,70, 2,66-2,71 R1 2,43, 2,28-2,50; R2 2,55, 2,49-2,60; R3 2,59, 2,53-2,69; R4 2,62, 2,58-2,65; O1 2,19, 2,06-2,26; O2 2,36, 2,29-2,42; O3 2,43, 2,33-2,47; O4 2,47, 2,35-2,52; P1 1,70, 1,57-1,80; P2 1,92, 1,78-1,98; P3 1,97, 1,76-2,10; Kälber R2 5,42, 4,40-5,78; O2 5,08, 4,50-5,28.  
**Schweine:** E 1,48, 1,41-1,62; U 1,36, 1,22-1,48; M1 0,95, 0,80-1,00.

**Schweine**

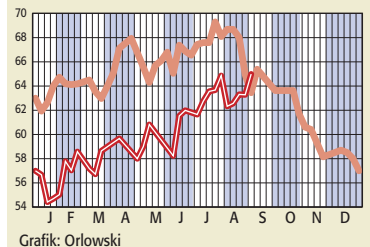
Stuttgart: Orientierungspreis für Schlachtschweine des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg vom 3. bis 9. September: 1,34 € je Kilogramm. Der Preis ist abgeleitet aus der ZMP-Marktinformation für Schlachtschweine vom 31.8.2007.  
 QZ-Schlachtschweine vom 27. August bis 2. September: 1607 Stück zu 1,57 €/kg.

**Heizöl**

Preise für 100 Liter Super-Heizöl bei Lieferung von 3000 Liter einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Zuschläge für Transport- und Logistikkosten, ermittelt durch den Verband für Energiehandel Südwest-Mitte (Mannheim):  
 Konstanz 65,04-66,28;  
 Friedrichshafen 64,26-65,72;  
 Pfullendorf 64,45-65,48;  
 Waldshut 64,42-65,96;  
 Villingen-Schwenningen 64,15-65,71;  
 Singen 64,95-66,18;  
 Lörrach 64,95-66,58.

**LEICHTES HEIZÖL\***

Durchschnittspreis incl. Mehrwertsteuer bei Abnahme von 2500 bis 3500 Litern. Festgestellt von der Stuttgarter Waren- und Produktenbörse. (\*Premiumqualität)  
 In Euro je 100 Liter  
 = 2007  
 = 2006  
 Stand 4.09.2007: 64,99



Die Besteuerung der Pensionszahlungen aus der Schweiz ist umstritten  
**Fiskus empört Grenzgänger**



Grenzgänger sind empört: Sie müssen Zahlungen aus der Schweizer Pensionskasse in Deutschland zur Hälfte versteuern. BILDER: DPA/MONTAGE: STELLER

**Vor allem höhere Gehälter locken bereits 36 000 deutsche Arbeitnehmer täglich in die Schweiz. Deutsche Finanzämter machen Grenzgängern jedoch spätestens bei Rentenbeginn einen Strich durch die Rechnung: Ihnen drohen hohe steuerliche Belastungen. Betroffene fühlen sich ungerecht behandelt. Die Finanzbehörden zeigen sich gelassen, dabei sind Änderungen nicht länger auszuschließen.**

VON MORITZ OEHL

**Konstanz** – Was Arbeitnehmern die finanzielle Lage im Ruhestand erleichtern soll, sorgt bei Grenzgängern schon länger für Unmut: Auszahlungen aus der Schweizer Pensionskasse, eine Art betriebliche Altersvorsorge, unterliegen durch das Alterseinkünftegesetz seit 2005 in Deutschland zur Hälfte der Besteuerung. Dabei war die sogenannte „zweite Säule“ des Schweizer Vorsorgesystems bis Ende 2004 vor dem Fiskus deutschen Kapitallebensversicherungen gleichgestellt – Einmalauszahlungen, beispielsweise bei Verlassen der Schweiz, blieben steuerfrei.

Uwe Wehrle, Mitglied der Interessengemeinschaft Pensionskasse Schweiz in Lörrach, hält die jetzige Behandlung der Grenzgänger für ungerecht. Schließlich seien die Bezüge der Pensionskasse für Schweizer Arbeitnehmer zu 100 Prozent steuerfrei. Nicht nur, dass die Grenzgänger nicht auf die neue Gesetzeslage aufmerksam

gemacht wurden, stört ihn. „Da wurde die Chance gesehen, an Milliarden Franken Schweizer Pensionskassenkapital ranzukommen“. Auch würden die deutschen Finanzbehörden so die Existenz einer betrieblichen Altersvorsorge in der Schweiz verneinen.

Auf Seiten der Finanzämter hält man sich ob der Vorwürfe bedeckt. Clemens Faller, Leiter des Finanzamtes Waldshut-Tiengen, sieht die Situation gelassen. „Die Besteuerung der Pensionszahlungen von Grenzgängern ist ein heißes Thema, kocht aber in der Praxis nicht mehr“, sagt er. Wie andere Finanzämter der Region wende man in Waldshut-Tiengen die Direktive des Finanzministeriums an. Dabei fließen die Steuern auf Auszahlungen aus der Schweizer Pensionskasse

häufig noch nicht ins deutsche Steuer säckel. „Wir erhalten viele Einsprüche gegen Steuerbescheide von Grenzgängern und lassen diese erst einmal liegen, da verschiedene Verfahren beim Finanzgericht anhängig sind“, berichtet er. Verstehen kann Clemens Faller die Grenzgänger nicht. Die alte Regelung sei ein „tolles Bonbon“ für die in der Schweiz Arbeitenden gewesen. Dagegen seien Grenzgänger jetzt deutschen Arbeitnehmern, die in Deutschland arbeiten, steuerlich gleichgestellt.

Kalt lässt das Thema die Finanzbehörden nicht: Aus dem Finanzamt Lörrach heißt es, am 11. September finde ein hausinternes Gespräch zu dem Thema mit der Oberfinanzdirektion Karlsruhe statt. Darin gehe es auch um

Verfügungen über die Umsetzung der Besteuerung. „Es stehen Neuerungen an“, verriet eine Mitarbeiterin.

Die Mitglieder der Interessengemeinschaft Schweizer Pensionskasse sind unbeeindruckt. Man werde die Verfahren vor dem Finanzgericht Baden-Württemberg abwarten und Grenzgängern bis auf weiteres raten, gegen ihre Steuerbescheide Einspruch einzulegen, so Uwe Wehrle. Ähnlich sieht auch der Bund der Steuerzahler die Situation. „Zumindest wer schon vor 2005 in eine Schweizer Pensionskasse eingezahlt hat, sollte Auszahlungen steuerfrei erhalten und gegen seinen Steuerbescheid Einspruch einlegen“, sagt Zenon Bilaniuk, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland

**„Wer vor 2005 in die Schweizer Pensionskasse eingezahlt hat, sollte Einspruch gegen seinen Steuerbescheid einlegen.“**

Zenon Bilaniuk, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland

fordert, den Vertrauensschutz – die zwanzigjährige Nicht-Besteuerung der Auszahlungen – analog zu Lebensversicherungen auch auf die Schweizer Pensionskasse auszuweiten. Vor allem bei der Besteuerung der Einmalzahlungen bestehe Handlungsbedarf, der wohl bald auch den Bundesfinanzhof oder gar das Bundesverfassungsgericht beschäftigen werde.

Ob alle 36 000 Grenzgänger den langwierigen Gerichtsweg mitmachen, ist hingegen fraglich. Sollte sich an der Interpretation der Finanzbehörden nichts ändern, so Uwe Wehrle, könne es gut sein, dass viele aufgrund der besseren Steuersituation bald auch dorthin ziehen, wo sie bereits arbeiten: in die Schweiz.

**Schweizer Vorsorge**

Das Schweizer System der sozialen Sicherheit besteht aus den drei Säulen staatliche Vorsorge, berufliche Vorsorge und Privatvorsorge.

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) stellt eine Grundabsicherung im Alters-, Invaliditäts- oder Todesfall dar. Jeder Schweizer oder in der Schweiz Arbeitende ist dort obligatorisch versichert. Derzeit werden monatlich 5,05 Prozent des Lohnes an Ausgleichskassen abgeführt.

Die zweite Säule wird als Berufliche Vorsorge (BVG) (umgangssprachlich: Pensionskasse) bezeichnet. Jeder Arbeitnehmer in der Schweiz mit einem jährlichen Einkommen zwischen 19 890 und 79 560 Franken ist in der BVG versichert. Die Pensionskasse wird als Ergänzung der Grundabsicherung verstanden. Beiträge bewegen sich zwischen 7 und 18 Prozent des sogenannten „koordinierten Lohnes“, dem Teil des Lohnes, der zwischen dem Koordinationsabzug von 23 205 Franken und der gesetzlichen Höchstgrenze von 77 400 Franken liegt.

Die individuelle Vorsorge entspricht schließlich in etwa der privaten, ergänzenden Rentenversicherung in Deutschland. Sie stellt die dritte, freiwillige Säule des Schweizer Sozialversicherungssystems dar. (mo)

**ZF investiert 100 Millionen**

Nutzfahrzeuge laufen

VON HERBERT GUTH

**Friedrichshafen** – Die unerwartet hohen Zuwächse in der Nutzfahrzeugbranche weltweit bescheren dem Friedrichshafener ZF-Unternehmensbereich Nutzfahrzeug- und Sonderantriebstechnik bis Jahresende einen Umsatzsprung um 15 Prozent. Damit wächst ZF stärker als der Markt. Der Umsatz für diesen Unternehmensbereich liegt erstmals über der Grenze von 2 Milliarden Euro. 2006 waren es 1,78 Milliarden. Euro. ZF-Vorstandsmitglied Wolfgang Vogel, Leiter des Unternehmensbereichs, erkennt auch für das Folgejahr 2008 keine negativen Tendenzen.

Grund für die stark steigenden Produktions- und Umsatzzahlen ist neben der hohen Nachfrage nach Getrieben eine Reihe von neuen Großaufträgen. Volvo hat einen Vertrag über die Lieferung von Getrieben für mittel-schwere Volvo- und Renault-Lkw verlängert; ZF bleibt für diese Fahrzeuge nun bis mindestens 2012 alleiniger Getriebelieferant. Und der zum japanischen Toyota-Konzern gehörende Nutzfahrzeug-Hersteller Hino Motors hat mit ZF einen ebenfalls bis 2012 laufenden Liefervertrag über Getriebe für schwere Nutzfahrzeuge vereinbart. Beide Verträge bringen jährlich bis zu 140 Millionen Euro Umsatz.

Die Zeichen für ein nachhaltiges Wachstum stehen gut: Marktforscher prognostizieren für den Straßenverkehr eine Verdoppelung der weltweit benötigten Transportkapazitäten bis zum Jahr 2025. Kunden von ZF engagieren sich vermehrt in den stark wachsenden Märkten vor Ort – und ZF folgt seinen Kunden dorthin. „Nun verstärken wir unsere Präsenz auch in Indien“, sagte dazu Wolfgang Vogel.

Das starke Wachstum veranlasst ZF zu Investitionen in Höhe von über 100 Millionen Euro am Standort Friedrichshafen. Hier soll bis Ende 2008 sieben Tage in der Woche gearbeitet werden, vor allem in Engpassbereichen.

US-IMMOBILIENKRISE  
**Auch Deutsche Bank betroffen**

**Frankfurt/Main** (dpa) Die Turbulenzen an den Finanzmärkten gehen auch an der Deutschen Bank nicht spurlos vorüber. Zwar sei man mit der Entwicklung der Geschäftsfelder zufrieden, wie Vorstandschef Josef Ackermann sagte. „Es kann aber nicht überraschen, dass die Marktunruhen im August auch die Deutsche Bank beeinträchtigt haben.“ Inzwischen zeichne sich eine Stabilisierung der Märkte ab, die Erholung werde aber noch dauern. In der Branche sei nun Selbstkritik angebracht, sagte Ackermann. Er schließe dabei auch die Deutsche Bank mit ein. Sein Institut sei jedoch keinem Risiko einer weiteren Verschlechterung bei zweitklassigen US-Hypothekendarlehen ausgesetzt. Aktuell sei die Bank mit 32 Milliarden Euro in Zweckgesellschaften engagiert. Die Kreditzusagen bei der Finanzierung von Übernahmen durch Private-Equity-Gesellschaften beliefen sich auf 29 Milliarden Euro.

INGENIEUR-MANGEL  
**Engpässe nur in einigen Bereichen**

**Nürnberg** (dpa) Arbeitsmarktforscher sehen derzeit keinen flächendeckenden Mangel an Ingenieuren. In einigen Bereichen bestünden zwar Engpässe, der Arbeitsmarkt für Ingenieure sei aber keineswegs leergefegt, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). So suchten im August noch 24 100 Ingenieure eine Stelle. Wer bereits länger arbeitslos ist, tue sich trotz guter Konjunktur schwer, einen Job zu bekommen. Betroffen seien vor allem ältere Arbeitnehmer und Frauen. Nur ein Teil der Betriebe berichtet nach IAB-Angaben über eine mangelnde Qualifikation der Bewerber. Auch sei die Zahl geeigneter Bewerbungen nur leicht zurückgegangen. Allerdings deuteten sich Engpässe in einzelnen Berufen an, etwa bei Maschinenbau-, Elektro- und Wirtschaftsingenieuren. Zudem fordert das Institut mehr Kinderbetreuung und Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, um Frauen besser zu integrieren.

**Neues Wirtschaftswunder – schön wär’s**

Zwar ist der **Aufschwung** angeblich überall, an den Konsumausgaben der Deutschen spürt man ihn jedoch nicht

Wenn ich in der benachbarten Kleinstadt einkaufen gehe, begegne ich regelmäßig an den Schaufenstern Aufschriften wie „Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe“ oder „Neu zu vermieten“. Und wenn ich dann an den Supermärkten vor der Stadt vorbeikomme, finde ich auch dort vergleichsweise leere Parkplätze. In den Kneipen sieht es nicht viel besser aus. Diese meine persönliche Wahrnehmung, immerhin in einer Stadt des vergleichsweise goldenen Südwestens unserer Republik, wird dann regelmäßig konterkariert von den Meldungen aus Berlin: Aufschwung, Boom, Wirtschaftswunder – an der Spree tut man so, als sei das so. Dort wundert man sich, wenn dann wie am 31. August eine Meldung des Statistischen Bundesamtes auf den Tisch im Kanzleramt flattert, wonach der Einzelhandelsumsatz im Juli 2007 real um 1,5 Prozent niedriger gelegen habe als im Juli 2006.

Warum man sich wundert, erschließt sich mir als Ökonom nicht. Eher wäre es ein Wunder, wenn die Konsumausgaben florieren würden. Wenn die Masseneinkommen stagnieren, was sie insgesamt trotz einiger besserer Tarifabschlüsse tun, wenn dem Konsum drei Punkte Mehrwertsteuererhöhung aufgedrückt werden, wenn immer mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnisse, in Minijobs und damit in Unsicherheit landen und wenn dann noch aus allen Rohren Propaganda für die private Vorsorge



**Albrecht Müller** war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes.

fürs Alter gemacht, also zum Sparen aufgefordert wird, wie soll dann ein Zuwachs an Konsum möglich und wahrscheinlich sein. Woher soll das Geld kommen? Warum sollte es locker sitzen? Es ist wirklich kein Wunder, dass in jenen Einzelhandelsgeschäften, beim Handwerk und in Gaststätten, wo die breiten Schichten unseres Volkes einkaufen und verkehren, der Boom nicht richtig angekommen ist.

Wer sich da wundert, belegt, von Makroökonomie und der Notwendigkeit, eine aktive und zeitgerechte Steuerung der Konjunktur zu betreiben, keine Ahnung zu haben. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Solow sprach in einem Interview schon vor drei Jahren davon, Makroökonomie sei zwar schwierig zu verstehen, aber eines sei sicher, in

Deutschland könne man sie wesentlich besser machen. Auf unsere Bundesregierung trifft das leider zu. Ihre Mitglieder sind offensichtlich makroökonomisch ungebildet und ihre Fühler zur Wahrnehmung des tatsächlichen wirtschaftlichen Geschehens sind offensichtlich einseitig montiert: Sie orientieren sich an der Exportwirtschaft, an der Finanzindustrie und an den großen Medienkonzernen. Wenn es beim Export boomt, dann denken sie, das sei ein Boom. Wenn die Aktienkurse steigen, dann denken sie, die Wirtschaft floriere.

Die politisch handelnden Personen sehen offenbar ihre makroökonomische Verantwortung nicht mehr. So wird z. B. im Abschlusspapier zur Kabinettsklausur auf Schloss Mesberg vom 28. August mit dem Titel „Aufschwung – Teilhabe – Wohlstand“ trotz dieses Titels und trotz der aktuellen Brisanz dieses Themas die konjunkturpolitische Steuerung mit keiner Silbe erwähnt. Da ist viel von Strukturformen, von Arbeitsmarktpolitik und Technologieförderung, von Bildung und Familie, von Klimaschutz und Qualifizierung und auch vom Sparen fürs Alter die Rede – aber nicht von der Gefahr weiterer Zinserhöhungen und auch nicht von der Verantwortung des Fiskus für eine gute Konjunktur. Und dies mitten in einer problematischen Entwicklung mit Hypothekenkrise in den USA, dem Zusammenbruch deutscher Banken und erkennbaren Risiken für uns. Gerade meldete das

Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK, die Stimmung trübe sich ein – vermutlich wegen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten, wegen des starken Euro und wegen steigender Zinsen.

Wenn die Bundesregierung die konjunkturelle Steuerung nicht als großes Problem sieht, dann hat das zum einen mit der Vorherrschaft einer Ideologie zu tun, der sogenannten Angebotsökonomie. Zum anderen aber wohl auch damit, dass das auf einen florierenden Binnenmarkt angewiesene Gewerbe keine gute Lobby hat. Wie wirkungslos diese Lobby ist, konnte man exemplarisch an der Mehrwertsteuererhöhung um drei Punkte studieren. Diese war ja nicht nur konjunkturpolitisch höchst problematisch. Sie ist auch angebotsökonomisch betrachtet völlig verkehrt. Jede Mehrwertsteuererhöhung belastet nämlich die auf den Binnenmarkt orientierte Wirtschaft und entlastet die Exportwirtschaft. Diese bekommt die Mehrwertsteuerbelastung ja zurück-erstattet. Sie trägt so mit jeder weiteren Verschiebung der Steuerlast auf die Mehrwertsteuer immer weniger zu den öffentlichen Leistungen bei, die mit unseren Steuern finanziert werden. Aber auch die Exportwirtschaft nimmt öffentliche Leistungen in Anspruch. Bezahlt wird von den andern. Wir Ökonomen nennen das Fehlallokation. Die Lobby des Einzelhandels und des Handwerks hat selbst dies geschluckt. Erstaunlich.